

Presseinfo

Frankfurt, 25. September 2004

Wirtschaftspolitisches Forum des IG Metall-Bezirks Frankfurt:

Huber warnt davor, politische Entscheidungen durch Tarifpolitik korrigieren zu wollen

Berthold Huber, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, hat heute in Frankfurt auf einem wirtschaftspolitischen Forum des Bezirks Frankfurt davor gewarnt, „sozialpolitische oder verteilungspolitische Fehlsteuerungen durch eine deutlich erhöhte Umverteilungskomponente bei unseren Tarifforderungen korrigieren zu wollen“. Wenn die IG Metall das wolle, „werden uns Politik und Arbeitgeber auch negative Zumutungen abverlangen“, sagte er vor Funktionärinnen und Funktionären seiner Gewerkschaft aus Hessen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und aus Thüringen.

Zugleich sprach sich Huber dafür aus, der neoliberalen Ideologie mit ihrem falschen Glücksversprechen der persönlichen Freiheit das Leitbild einer gerechten Verteilung entgegenzusetzen. Nur gerechte Verteilung könne die freie Entfaltung der Persönlichkeit für alle Menschen garantieren. „Das wieder bewusst in den Mittelpunkt zu stellen, wäre gerade heute ein lohnenswertes und öffentlich anschlussfähiges Leitbild für ein verteilungspolitisches Konzept der IG Metall.“

Der Zweite Vorsitzende der IG Metall schlug unter anderem vor, bei Beiträgen zur Sozialversicherung einen Grundfreibetrag von 250 Euro einzuführen. Er griff damit eine Anregung des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer aus dem letzten Jahr auf. „Im Sinne einer solidarischen Verteilungspolitik müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen entlastet werden“, sagte er. Das nütze Beschäftigten und Arbeitgebern und sei ein Beitrag zu mehr Wettbewerbsfähigkeit.

Die Bürgerversicherung nannte Huber eine „tragfähige Alternative“. Der Ansatz, den in die Versicherung einbezogenen Personenkreis um zum Beispiel Selbstständige und Beamte zu erweitern und auch andere als nur die Arbeitseinkommen zur Finanzierung heranzuziehen, sei richtig. Die von der CDU geforderte Kopfpauschale und deren Steuerpolitik kritisierte Huber scharf: „Das ist ein gigantisches Umverteilungsprogramm von unten nach oben.“

Bezirksleiter Klaus Mehrens fordert „offenen politischen Diskurs“

Der Frankfurter IG Metall-Bezirksleiter Klaus Mehrens hat sich auf dem Forum gegen Aussagen gewandt, der wirtschafts- und sozialpolitische Kurs der Bundesregierung sei alternativlos. „Wer das behauptet, begibt sich geistig in die Zeit vor der Aufklärung

zurück.“ Mehrens sprach sich dafür aus, den politischen Diskurs wieder für ein Denken in Alternativen zu öffnen. Die Auseinandersetzung mit Alternativen zähle zur politischen Kultur einer Demokratie. Der Fundamentalismus hingegen sei in jeder Form, auch im Gewand neoliberaler wirtschaftspolitischer Dogmen, abträglich für eine offene und demokratische Gesellschaft.

Die IG Metall habe inhaltliche Alternativen zu neoliberaler Wirtschaftspolitik, sagte Mehrens. Sie seien Teil des aktuellen Arbeitnehmerbegehrens seiner Gewerkschaft und ein Gegenkonzept zur „Verbetriebswirtschaftlichung“ aller Politikbereiche, die Kostensenkung zur obersten Maxime erhebe. Die Mehrzahl der wirtschafts- und sozialpolitischen Initiativen von Agenda 2010, Hartz IV bis zu Forderungen nach verlängerten Arbeitszeiten würden dieser Maxime folgen, kritisierte der Bezirksleiter. „Der starre Blick auf die Kosten fördert jedoch nicht die Wettbewerbsfähigkeit, sondern bringt den Standort Deutschland in Gefahr“, weil hierbei zukunftsichernde Investitionen in Bildung oder in Innovationen aus den Augen verloren würden.

Der Bezirksleiter schloss sich den Forderungen des Leiters der Konjunkturabteilung beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Gustav A. Horn, nach einem wirtschaftspolitischen Kurswechsel an. Die öffentlichen Hände müssten mit Investitionen in Bildung und öffentlicher Infrastruktur für eine Konjunkturbelebung sorgen, forderte er. Mehrens sprach dem Wirtschaftswissenschaftler Horn, der auf dem Forum als Referent aufgetreten ist und der das DIW zum Jahresende verlassen muss, seine Anerkennung und Solidarität aus. Der Bezirksleiter wörtlich: „Wenn das DIW einen der profiliertesten Vertreter des Keynesianismus in Deutschland vor die Tür setzt, dann ist das kein gutes Signal für den wirtschaftspolitischen Diskurs hierzulande, dann muss der Ruf nach einem Diskurs ohne Denkverbote um so lauter erschallen.“

Hartwig Oertel
Fon: 069/6690963303
Mobil: 0170/3333850
hartwig.oertel@igmetall.de